



sehen wir es

Die Zeitung der Wädenswiler **SP**

Steuergerechtigkeit, ein frommer Wunsch?

Seit 1975 nimmt die ungleiche Verteilung der Einkommen ständig zu. Mit einer Steuerinitiative will die SP diesem Trend entgegenwirken.

Die Einkommen und Vermögen sind ungleich verteilt. In der Schweiz verdient ein Drittel der gesamten Bevölkerung nur gerade zwischen 8 und 9 Prozent des gesamten Einkommens. Genau umgekehrt sind die Verhältnisse an der Spitze der Einkommenspyramide: Nur gerade 10 Prozent aller Steuerpflichtigen verdienen ein Drittel des gesamten Einkommens.

Trendbruch 1975

So kann in der Schweiz zum Beispiel zwischen 1945 und 1975 ein kontinuierlicher Trend zum Ausgleich von Vermögen und Einkommen festgestellt werden. Ein eindeutiger Trendbruch fand 1975 statt. Seit jenem Jahr nehmen die Ungleichheiten wieder ständig zu. Dieser Trend wird noch verstärkt durch die Steuerrevisionen der letzten Jahre. In den drei Jahrzehnten nach dem Krieg hatten die Steuern noch eine grössere Umverteilungswirkung als heute. Dieser Effekt ist aber immer kleiner geworden seit 1975. Das heisst, im Verhältnis sind die unteren Einkommen bei den Steuerreformen weniger entlastet worden als die oberen. Jetzt soll auch noch im Kt Zürich die Erbschaftssteuer abgeschafft werden. Das heisst, dass noch einmal die wenigen, die ohnehin schon viel besitzen, be-

Was will die Initiative?

Steuerbare Einkommen von Alleinstehenden bis 14'600 Franken (entspricht einem Verdienst von 23'000 Franken) und Ehepaare, die lediglich ein Einkommen von 22'000 Franken (entspricht einem Verdienst von 33'000 Franken ohne Kinder, von etwa 43'000 Franken mit 2 Kindern) erreichen, sollen von Steuern befreit werden. Entlastet werden sollen Alleinstehende mit einem steuerbaren Einkommen bis 49'000 Franken und Ehepaare bis 80'300 Franken.

komitee aus SP-Kreisen eine kantonale Volksinitiative lanciert. Sie wurde unter anderen auch von unserer Nationalratskandidatin Julia Gerber Rüegg ausgearbeitet.

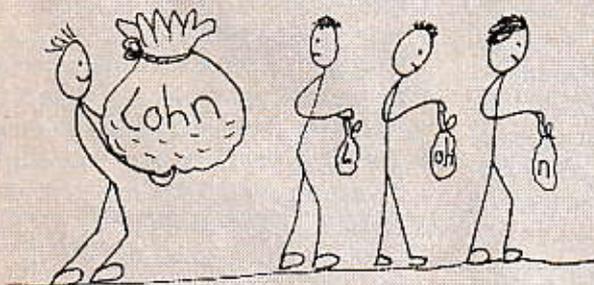
Die Initiative will eine Steuerbefreiung der untersten und eine Steuerentlastung der bescheidenen und mittleren Einkommen erreichen.

300'000 Personen profitieren

Würde die Initiative angenommen, entgingen dem Kanton lediglich 1,1 Prozent Steuereinnahmen, dafür könnten aber 4500 Alleinstehende und 5000 Ehepaare von Steuern befreit werden. Von den Steuererleichterungen würden gar zusätzlich 95'000 Alleinstehende und 185'000 Ehepaare profitieren.

Ein Blick in die Steuerstatistik des Kantons Zürich zeigt zudem, dass in den unteren Einkommen die Zahl der Frauen, die Steuern bezahlen müssen, viel grösser ist als bei den oberen Einkommen. Bei den Alleinstehenden zahlen in den unteren Einkommensklassen bis 50'000 Franken so-

Fortsetzung Seite 4



Bei den Vermögen ist es noch drastischer: Die reichsten 10 Prozent der Leute besitzen drei Viertel des gesamten Vermögens. Auf die ärmere Hälfte aller Steuerpflichtigen der Schweiz entfallen nur drei Prozent des gesamten Vermögensbestandes und der unterste Viertel gar, geht leer aus. Wie bereits gesagt, die Einkommen und Vermögen sind ungleich verteilt und sie waren es seit je. Aber die Verteilung war nicht immer in gleichem Masse ungleich.

günstigt werden sollen. Das findet die SP in höchstem Masse ungerecht. Hingegen ist es nötig, die Familien zu entlasten. Sie stehen unter starkem finanziellem Druck, da neben der Steuerbelastung auch noch zahlreiche Gebühren und Tarife zu bezahlen sind. Zur Zeit ist in der Schweiz das Aufziehen von Kindern für viele sogar ein Armutsrisiko.

Um diesen Trend der relativ zunehmenden Belastung der unteren Einkommen zu wenden, hat ein Initiativ-

Nationalratskandidatin und -kandidaten aus dem Bezirk Horgen

Mario Fehr, 41
Stadtrat Adliswil
Vizepräsident Kantonsratsfraktion
Präsident Neue Europäische
Bewegung Zürich. Liste 8



Die Menschenrechte sind unsere gemeinsame Sache

Wieder Krieg mitten in Europa. In diesem Jahr ist das Unvorstellbare auch im Kosovo bittere Realität geworden. Die Menschenrechte werden dabei aufs Gröbste verletzt. Dies gilt nicht nur für diesen Konflikt, sondern auch für viele andere. Weltweit. In Osttimor, in Tibet, in der Türkei und anderswo werden die Menschenrechte systematisch missachtet. Es ist deshalb mehr als nur an der Zeit, die Menschenrechte in den Mittelpunkt jeder politischen Agenda zu rücken. Dazu braucht es mehr Engagement von uns allen. Es braucht das Engagement von Politikern, wie dies Bundespräsidentin Ruth Dreifuss sowohl beim Besuch des chinesischen Staatspräsidenten in der Schweiz wie auch bei ihrem Einsatz für die Flüchtlinge aus dem Kosovo beispielhaft gezeigt hat. Und es braucht das Engagement internationaler Organisationen. Die Schweiz ist gefordert. Im Europarat, in der OSZE, und selbstverständlich bald auch als Mitglied der EU und der UNO. Für eine solche Politik will ich mich im Nationalrat engagieren.

Man trifft sich

Am Abend der Nationalratswahlen, am Sonntag, 24. Oktober, hocken wir nicht zu Hause vor der Röhre. Wir treffen uns ab 17.00 Uhr im Volkshaus. Es gibt etwas Z'Nacht, Häppchen, Flüssiges, Infos und hoffentlich etwas zu feiern.

Julia Gerber Rüegg, 42
Gemeinde- und Kantonsrätin,
Wädenswil
Mitglied der kantonsrätlichen GPK
Präsidentin des SP-Ausschusses
Bildung und Kultur. Liste 8



Steuergerechtigkeit statt Steuergeschenke

Grundpfeiler eines sozialen Staates bildet ein Steuersystem, welches sich konsequent an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientiert. Tiefe Einkommen werden jedoch im Kanton Zürich selbst dann noch besteuert, wenn sie kaum mehr dazu reichen, die lebensnotwendigen Ausgaben zu decken. Vor allem junge Familien leiden darunter. Rentnerinnen und Rentner - viele leben in bescheidenen Verhältnissen - werden wegen der vollen Besteuerung der AHV viel stärker zur Kasse gebeten. Die Kosten, welche jeden Haushalt belasten, sind enorm gestiegen: Krankenkassenprämien, Kehrrecht, öffentlicher Verkehr. Gleichzeitig plant die bürgerliche Mehrheit in Bund und Kanton ständig neue Steuergeschenke an die Reichen, alles unter dem Schlagwort „Steuernwettbewerb“. Genug mit diesen trügerischen und ungerechten Steuergeschenken. Sie treffen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hart. Mit der Volksinitiative „Weniger Steuern für niedrige Einkommen“ setze ich mich für mehr Steuergerechtigkeit in unserem Kanton ein. Auch auf Bundesebene will ich mich für mehr Steuergerechtigkeit und wider den ruinösen Steuernwettbewerb einsetzen.

Hans Schulthess, 74
Alt-Stadtrat Wädenswil
Liste 19



Solidarität der Generationen

Die drei Nationalratslisten der SP in unserem Kanton sind ein Zeichen der Solidarität zwischen den Generationen. So betrachte ich meine Teilnahme auf der SeniorInnenliste als Aufgabe, die Glieder meiner Generation zu motivieren, den Wahlgang nicht zu verpassen und mitzuwirken an der Erhaltung unserer ausgleichenden Sozialwerke.

Zwei Themen betrachte ich als vorrangig:

Die Arbeitslosigkeit und die Steuergerechtigkeit.

Die gegenwärtig etwas kleinere Zahl der Arbeitslosen täuscht, da die sogenannten Ausgesteuerten ständig zunehmen. Vor allem aber werden die psychischen und gesundheitlichen Folgen für die Stellenlosen und die Auswirkung auf die Invalidenversicherung in unserer bisherigen Politik noch viel zu wenig ernst genommen.

Mehr Steuergerechtigkeit wird bei jeder Steuergesetzrevision betont. Doch das Grundanliegen, dass wir ein Absinken unter die Armutsgrenze verhindern sollten, fehlt. Dies erst ist Solidarität. Genau in diese Richtung tendiert die neue Initiative der SP Zürich. Sie gilt es zu unterschreiben.

In den Ständerat: Jacqueline Fehr

Wahlen, Zeit der schönen Worte und Versprechungen

Immer vor den Wahlen versprechen Parteien von links bis rechts alles Mögliche und Unmögliche. Man gebärdet sich familienfreundlich und wirtschaftsfördernd, verspricht tiefere Steuern und mehr Gerechtigkeit, weniger Staat und mehr Freiheit.

Kurz, alle sagen: "Wenn Sie uns wählen, geht es Ihnen nachher besser." Worauf können die Wählerinnen und Wähler zählen, wenn sie in etwa abschätzen möchten, wer wohl am ehesten einhält, was versprochen wurde? **Wir sind der Meinung, die Parteien und deren Nationalräte sollten vor allem an den Leistungen während der letzten vier Jahre gemessen werden.** Deshalb haben wir wichtige Sachgeschäfte des Nationalrates der letzten Regierungsperiode ausgewählt und möchten Sie, liebe Leserinnen und Leser, einladen, zu beurteilen, wer Ihre Interessen in Bern wohl am ehesten und wirksamsten vertreten hat.

Vorweg weisen wir aber noch kurz auf die **Leistungsbilanz unserer Parlamentarier im „Beobachter“** hin, die er in der Ausgabe 17/99 veröffentlicht hat. Ausführliche Informationen auch unter www.beobachter.ch/parlament. Der Beobachter schreibt: **„Wer politisiert am sozialsten, fortschrittlichsten und effizientesten im eidgenössischen Parlament? Welches sind die grössten Plaudertaschen – und wer ist Meister im Schwänzen? Der Beobachter hat jene 105 Deutschschweizer Nationalrätinnen und Nationalräte unter die Lupe genommen, die sich im Herbst zur Wiederwahl stellen.“**

Hier die Beurteilung der Zürcher-Abgeordneten: „Sehr gut“ abgeschnitten haben: Barbara Haering Binder SP, Trix Heberlein FDP, Lili Nabholz FDP, Roland Wiederkehr LDU. Mit „gut“ beurteilt wurden: Regine Aeppli SP, Christine Goll SP, Andreas Gross SP, Vreni Hubmann SP, Vreni Müller-Hemmi SP, Anita Thanei

SP, Rosmarie Zapfl CVP, Erich Müller FDP. Als „genügend“ eingeschätzt wurden: Max Binder SVP, Toni Bertoluzzi SVP, Lisbeth Fehr SVP, Rolf Hegetschwiler FDP und Hans Steffen SD. Schliesslich erhielten die Note „ungenügend“: Christoph Blocher SVP, Michael Dreher FP, Hans Fehr SVP, Walter Frey SVP und Ueli Maurer SVP. Auffällig ist, dass vor allem die Frauen beste Noten für ihre Leistungen erzielen. „Christoph Blocher ist Sieger im Schwänzen,“ sagte der Beobachter.

Im Nationalrat wurden Initiativen und Vorstösse zu den grossen Themen Wirtschaft, Sozialpolitik, Migration, Gesundheit, Umwelt, Europa/Aussenpolitik und diverse andere behandelt. Wir greifen hier einige heraus und sagen, wie die SP dazu stand. Es werden nur die Stimmen derjenigen, die sich wieder wählen lassen, berücksichtigt.

René Peter/Erwin Wachter

Sachgeschäft	Haltung der Zürcher SP Nationalrätinnen und -räte	Haltung der Zürcher Bürgerlichen
Förderung der Teilzeitbeschäftigung: ArbeitnehmerInnen mit weniger als 12 Arbeitsstunden wöchentlich sollen auch nichtbetriebsunfallversichert sein.	Sie wollen, dass auch Teilzeitbeschäftigte NBU versichert sind.	Die Zürcher Bürgerlichen, ausgenommen LDU und CVP wollen Teilzeitbeschäftigte nicht NBU versichern
Revision des Arbeitsgesetzes: Insbesondere sollen Frauen zu Nacharbeit aufgefordert werden können und sonntags soll bewilligungsfrei gearbeitet werden können.	Sie wollen diese Revision nicht.	SVP und FDP wollen das revidierte Arbeitsgesetz einführen.
Finanzierung der ALV: die Taggelder sollen um 3% gesenkt und das zumutbare Einkommen herabgesetzt werden.	Sie wollen diese vom Bundesrat vorgeschlagenen Kürzungen nicht.	Alle Bürgerlichen ausser der LDU wollen die Taggelder kürzen und das zumutbare Einkommen senken.
Ärztliche Verschreibung von Heroin: Die Heroinverschreibung als Therapie für schwerst Drogenabhängige soll weitergeführt werden können.	Sie wollen, dass diese Therapie weitergeführt werden kann.	Nur die SVP ist geschlossen dagegen. Die andern Bürgerlichen aus dem Kt. ZH sind sich uneinig.
StGB: Schwangerschaftsabbruch: Fristenlösung unter Mitwirkung einer patentierten Ärztin oder eines Arztes.	Die SP Abgeordneten wollen eine Fristenlösung.	Die Bürgerlichen Frauen auch die der SVP wollen eine Fristenlösung und die Männer mehrheitlich nicht.
Energieabgabegesetz: sieht eine Abgabe auf nicht erneuerbare Energien zur Förderung von erneuerbaren Energien vor.	Sie sind für die Abgabe.	Sie sind mehrheitlich gegen eine Energieabgabe.
LSVA: Die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe soll die bisherige pauschale Abgabe ersetzen.	Sie wollen die LSVA.	Die FDP will die LSVA und die SVP will sie nicht.
UNO-Beitritt der Schweiz: Der Bundesrat soll einen neuen Anlauf zum Beitritt der Schweiz zur UNO nehmen.	Sie wollen einen UNO-Beitritt.	Sie wollen den UNO-Beitritt mehrheitlich nicht.
Mutterschaftsversicherung	Die SP will die Mutterschaftsversicherung	Sie wollen die Mutterschaftsversicherung grossmehrheitlich nicht.

PS: Die Zürcher SP stimmt immer geschlossen.

Wechsel in unserer Gemeinderatsfraktion

Weil sie im Herbst einen Auslandsaufenthalt macht und nächstes Jahr aus Wädenswil wegziehen wird, trat **Edith Stoll** kürzlich aus dem Gemeinderat zurück. In diesen zweieinhalb Jahren lernten wir Edith als offene und herzliche Persönlichkeit kennen. Sie stellte viele Fragen und bildete sich so allmählich ihre eigene Meinung. In der Raumplanungskommission vertrat sie die SP engagiert. Wir danken Edith herzlich für ihren Einsatz und wünschen ihr alles Gute, insbesondere auch an ihrem neuen Wohnort.

Neu zieht **Thomas Hartmann**, 1954, wohnhaft im Bürglipark, in den Gemeinderat. Der gelernte Bahn-disponent arbeitet als Leiter Betrieb- und Fahrdienst der Zürichsee-Schiffahrtsgesellschaft. Seit 1998 ist er Präsident der SP Wädenswil. In der Freizeit hält er sich gerne auf dem See auf: Zusammen mit seiner Familie erholt er sich oft auf dem Segelboot.

Planungs- Bau- und Verkehrspolitik, sowie alles, was mit Recht- und Gerechtigkeit zu tun hat, sind seine Anliegen. Naheliegend, dass er die SP in der Raumplanungskommission vertritt. Wir freuen uns, mit einem weiteren engagierten Mitglied in unserer Fraktion zusammenarbeiten zu können und wünschen Thomas viel Freude im neuen Amt.

Hanna Landolt

Volkshaus

Es ist soweit!

Am Samstag, 23. Oktober, um 12.30 Uhr öffnen sich die Türen. Die Werte des Jugendstil-Hauses werden wieder gezeigt. Ein neues Fenster eröffnet den Blick von der Beiz auf die Schmidstuben-Kreuzung. Der Saal im 1.OG ist breiter und heller. Die Bar an der Schönenbergstrasse lädt zum Apéro.

Natürlich darf's weiterhin ein Bierchen sein. Das neue Pächterpaar legt aber auch Wert auf gute europäische Weine.



Das neue Pächterpaar Erika Rodis und René Bill.

Hohe Ansprüche an die Qualität der Produkte gelten auch für die Küche. Marktprodukte aus der Gegend – die Heimat darf aber auch mal bis ans Mittelmeer reichen – kommen als Menus oder Häppchen auf den Tisch.

Übrigens können auch Sie Volkshaus GenossenschaftlerIn werden oder Partizipationsscheine zeichnen usw.

Bitte Unterlagen anfordern bei:
Volkshausgenossenschaft
Postfach
8820 Wädenswil
E-mail: volkshaus@waedi.ch

Fortsetzung von Seite 1

gar mehr Frauen Steuern als Männer. Daraus ergibt sich, dass vor allem auch Frauen - noch immer sind meist sie es, die unsere Kinder erziehen - finanziell entlastet würden. Nicht dass wir hier dem Gruppenegoismus das Wort reden würden. Ganz im Gegenteil: Kriterium für die Steuerlast soll nicht der Jahrgang oder die Schuhgrösse sein, sondern die Einkommenshöhe. Die Initiative "Weniger Steuern für niedrige Einkommen" ist ein volkswirtschaftlich sinnvoller politischer Vorstoss. Darum bitten wir Sie, die Initiative zu unterschreiben.

René Peter

SP
Sozialdemokratische Partei

Empfehlung für die Wahlen vom 24. Oktober 1999:

In den Nationalrat:
- Sozialdemokratische Partei, Liste 8
- SP-Seniorinnen und Senioren, Liste 19
- JUSO-Solidaritäts-Liste, Liste 26

In den Ständerat:
Jacqueline Fehr

Herzlichen Dank

an die vielen Personen, die das „SO“ neu oder erneut abonniert haben. Dank diesen finanziellen Beiträgen kann unser Info-Blatt überhaupt erscheinen.

Die SO - Redaktion

Impressum:

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei Wädenswil, Postfach 552, Wädenswil Nr. 3/99, erscheint 3 - 4 x jährlich, Auflage 7500 Ex. Preis: Normal-Abo Fr. 12.-
Unterstützungs-Abo Fr. 25.-
PC-Konto: 80-43003-3, SO sehen wir es, SP Wädenswil
Druck: Arbeitszentrum am See, Wädenswil
Redaktion: Sepp Dorfschmid, Hanna Landolt, Beatrice Margna-Haldimann, René Peter, Erwin Wachter
<http://www.waedenswil.ch/Parteien/sp-waedenswil>



- Ich will mehr über die SP erfahren
 Ich möchte der SP beitreten.
 senden Sie mir Infomaterial zum
Thema:

Name:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:

SP

Sozialdemokratische Partei

Wädenswil

Postfach 552, 8820 Wädenswil